

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands.

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstags u. wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Bestellgeld.

Redaktion u. Expedition: Köln, Benloewall 9. Fernsprech-App. Nr. A 8538. —
Redaktionschluss Montags Mittags vor dem Erscheinungstag. Inseratenannahme
durch Otto Kleine, Berlin SW. 47. Rödernstr. 67.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands zur Lage.

Der am 13. November zusammengetretene Ausschuss des Gesamtverbandes der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands erklärt:

Eine geschichtliche Periode des deutschen Reiches ist abgeschlossen; wir stehen am Anfang einer neuen Zeit.

Alle Kräfte müssen sich vereint in dem Bestreben, unser schwer geprüftes Vaterland aus den Wehen, die ihm zurzeit Leib und Seele erschüttern, als neues, lebensfähiges Reich hervorgehen zu lassen.

Der größte Feind auf dem Wege zu diesem Ziel ist der Bolschewismus. Seine Herrschaft wäre gleichbedeutend mit Terrorismus aller Art, Hungersnot und blutigem Chaos. Auch von den politischen Machthabern fordern wir dessen stärkste Bekämpfung.

Als ein gleich großes Unglück müssen wir jeden Versuch bezeichnen, die alte Ordnung gewaltsam wieder herzustellen.

Mit aller Entschiedenheit fordert der Ausschuss von den derzeitigen Machthabern die unverbrüchliche Hochhaltung der demokratischen Grundzüge, die sie zu ihrer eigenen Legitimation anführen und zur Grundlage jeder Regierungsform gemacht wissen wollen.

Die schnellste Einberufung einer konstituierenden deutschen Nationalversammlung ist erstes Erfordernis. Die Vorarbeiten dafür sind unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben nach den Grundsätzen des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl und Sicherung voller Wahlfreiheit zu erfolgen.

Durchschlagende Maßnahmen sind zu treffen zur Sicherung der persönlichen Freiheit und der Ausübung der soeben verkündeten staatsbürgerlichen Freiheiten: Der Verkehrs-, Press-, Rede- und Versammlungsfreiheit, sowie der religiösen und staatsbürgerlichen Ueberzeugung und Betätigung.

Mit der Verkündung der staatsbürgerlichen Freiheiten in der Reichshauptstadt ist ihre Ausübung weder in Berlin, noch im Reiche allgemein gewährleistet.

Gewaltsame Eingriffe Privater in das Eigentum, Unterbindung und Störung von Verwaltung und Justiz, ungesetzmäßige Beeinträchtigung von Kirche und Schule sind strengstens hintanzuhalten.

Alle verfügbaren Kräfte müssen vereint werden zur Aufrechterhaltung der Produktion, der Beschaffung von Arbeits- und Wohngelegenheit und der Sicherung der Volksernährung.

Den neuen deutschen Volksstaat erwarten wir als ein wahrhaft demokratisches, echt freiheitliches, einheitliches Reich, dessen stärkste Wurzeln in der friedliebenden Gesinnung und in der geistigen und materiellen Arbeitstüchtigkeit des deutschen Volkes liegen, und in dem bei einer weitgehend sozialisierten Wirtschaftsordnung nicht mehr die Ware, sondern der Mensch im Mittelpunkt des Denkens und Geschehens steht.

Jetzt, wo das deutsche Volk infolge der politischen Umwälzung, der ungünstigen Waffenstillstandsbedingungen und des plötzlichen Zurückflutens der Millionenheere in den nächsten Wochen und Monaten vor den größten und schwierigsten Aufgaben seiner Geschichte steht, fordern wir unsere Mitglieder und Anhänger in allen Landesteilen auf, sich allen Behörden und derzeitigen Machthabern zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen, damit wir möglichst bald zu geordneten Zuständen kommen.

In allen Stadt- und Landkreisen werden Abrüstungsausschüsse eingesetzt werden müssen, die sich aus Behörden, den Leitern der Arbeitsnachweise und Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisation zusammensetzen haben, um überall den heimkehrenden Kriegern Arbeit, Verdienst und Unterkunftsmöglichkeit zu schaffen.

Besondere Aufmerksamkeit ist dabei den Kriegsbeschädigten zuzuwenden.

In den landwirtschaftlichen Gemeinden und Gemeindeverbänden sind paritätische Ausschüsse von Landwirten und Landarbeitern zu bilden zur Erfassung aller verfügbaren Nahrungsmittelvorräte und zur Sicherung der weiteren Volksernährung.

Die leitenden Regierungsstellen werden aufgefordert, diese gewaltigen Aufgaben ohne Verzug zu organisieren.

Ohne weitgehende Mitarbeit aller Gewerkschaften sind diese Aufgaben nicht zu lösen. Die Arbeiter und Soldatenräte sind als Parteiorganisation nicht die geeigneten Körperschaften, die beruflichen Interessen der Arbeiter gegenüber

den Unternehmern und der Regierung ausreichend wahrzunehmen. Wir werden jede Regierung bekämpfen, die die Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten aller gewerkschaftlichen Richtungen nicht als die maßgebende Vertretung der Arbeitnehmer in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten anerkennen oder sie gar von der Mitarbeit ausschalten will. An unsere Mitglieder ergeht die dringende Aufforderung, unter allen Umständen den gewerkschaftlichen Organisationen die Treue zu bewahren und für ihre Stärkung unermüdet mit allen Kräften zu wirken. In ihrer Führung können sie volles Vertrauen haben; sie hat in allen Wirren keinen Augenblick den Kopf verloren und wird auch in allem, was noch kommen mag, ihren Mann stehen.

An unsere Mitglieder!

Weltgeschichtliche Ereignisse spielen sich vor unseren Augen ab; Ereignisse, die ohne Zweifel eine neue Zeitepoche künden. Kopf hoch, den Willen gestählt und den Blick in die Zukunft gerichtet, muß unsere Lösung sein.

Den innerpolitischen Umwälzungen, die geeignet sind, in weiten Arbeiterkreisen Unruhe und Verwirrung anzurichten, stehen wir ruhig und gefaßt gegenüber. Bei Neugestaltung der Dinge, die nicht lange auf sich warten lassen können, werden wir unter Wahrung unserer Grundfätze an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitwirken.

Früher als wir noch vor kurzem annehmen konnten, kehren infolge der Ereignisse unsere Kollegen nach langer, harter Kriegszeit in die Heimat wieder. Wir erachten es als unsere heilige Pflicht, ihnen für die unsäglichen Leiden und Mühen, die sie während dieser Zeit erduldeten, unseren Dank auszusprechen und ihnen ein herzlich willkommen in der Heimat zuzurufen. Daran knüpfen wir die Hoffnung, daß sie sich gemeinsam mit uns wieder zu neuer, segensreicher Arbeit zusammenfinden, denn eines ist mit allem Nachdruck zu unterstreichen:

Die gewerkschaftliche Organisation, mögen sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gestalten, wie sie wollen, wird in Zukunft ebenso notwendig sein wie in der Vergangenheit. Wir rufen daher alle unsere Mitglieder auf, mit aller Entschiedenheit nicht nur an ihrer bewährten Organisation festzuhalten, sondern alle Kräfte anzuspannen, die zu ihrem Wiederaufbau und zu ihrer Stärkung führen. Der Idealismus, der in der Jugendzeit unserer Bewegung alle Schwierigkeiten überwunden hat, muß auch heute wieder unser ganzes Tun und Denken erfüllen.

Da und dort wird versucht, unsere Mitglieder von ihrer Organisation unter dem Vorwand zu trennen, die christlichen Gewerkschaften würden an ihrer Selbstständigkeit nicht festhalten. Weist solche und ähnliche Ausstreunungen entschieden zurück. Die christlichen Gewerkschaften sind zur Aufgabe ihrer Selbstständigkeit durch die Ereignisse nicht genötigt. Im Gegenteil, ihre Entwicklung — auch die unseres Verbandes — in den letzten Wochen verbürgt ihnen eine recht hoffnungsreiche Zukunft.

Ruhe und Ordnung sind die Grundbedingungen zum Wiederaufbau unseres Staats- und Wirtschaftslebens. Werden diese aufrechterhalten, so liegt kein Grund zur Verzweiflung vor. Unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen bemüht man sich überall, die wirtschaftlichen Verhältnisse in geordneten Bahnen zu bringen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. Die Arbeitsgelegenheit in unserem Berufe wird sich nicht ungünstig, ja zum Teil recht günstig gestalten. Dadurch und durch die errungenen Steuerungszulagen wird unsere Lebenshaltung wenigstens sich erträglich gestalten. Wir dürfen daher guten Mutes sein.

Kollegen und Kolleginnen! Handel wir in allem als echte deutsche Männer und Frauen, nach unseren altbewährten christlichen Grundfätzen. Die Zukunft uns, wenn alle arbeiten in Treue

Pflichterfüllung.

Ein gewerkschaftlicher Sieg.

Hochbedeutende, sozialpolitische Vereinbarungen sind zwischen einer Reihe Arbeitgeberverbänden, worunter sich die schärfsten Vertreter des „Herren-im-Hause-Standpunktes“ befinden, und den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter getroffen worden. Die Vereinbarungen bringen den Arbeitern der Großindustrie und ihren Vertretungen endlich die so lang entbehre Gleichberechtigung, die sich ein Teil der deutschen Arbeiterschaft schon längst erlämpft hat. Wir begrüßen die Vereinbarungen als neuesten Sieg der organisierten Arbeiterschaft als Mittel zum weiteren wirtschaftlichen Aufstieg derselben. Wohl sind wir an ihnen nicht unmittelbar beteiligt; was dort niedergelegt ist, setzen wir im wesentlichen längst, aber wir nehmen gerne Anteil an dem Erfolg unserer Arbeitsbrüder. Die Vereinbarungen lauten:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Berufsvereine (die sogen. wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Wiederkunft einzutreten, die sie vor dem Kriege innehatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.
5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.
6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schnellstmöglich zum Abschluß zu bringen.
7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden.
8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse bzw. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.
9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.
10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen, sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der schwer-Kriegsbeschädigten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuß auf paritätische Grundlage mit beruflich gegliederter Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweiter gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll ferner auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Die neue Feuerungszulage.

Vor dem Kollegium der Unparteiischen, den Herren Magistratsrat Schulz, Berlin, Stadtrat Dr. Müller-Frankfurt und Gewerbegerichtsrat Sartorius-München fanden, wie bereits kurz in der vorigen Nummer der Schneiderzeitung berichtet, die zentralen Verhandlungen über eine neue Feuerungszulage für das gesamte Maschinengewerbe statt. Ueber die gestellten Forderungen sind unsere Mitglieder bereits unterrichtet, so daß wir dieselben nicht wiederholen brauchen. Die Forderungen wurden von Stühmer-Berlin unter Bezugnahme auf die seit der letzten Erhöhung eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung eingehend begründet. So brechtigt wie die Erhöhung der Feuerungszulage in vorgeschlagener Höhe, sei auch die Forderung einer Heimarbeiterszulage für die Orte, wo er noch nicht im Tarif vorgehen sei, da der Arbeitgeber nicht verlangen könne, daß der Arbeiter die vermehrten Lasten für die Unterhaltung der Werkstätte allein trage, den Kohlen und Miete seien im Preise ganz erheblich gestiegen.

Die Festsetzung der Arbeitszeit auf neun Stunden bezeichnete Redner als unerlässlich im Hinblick auf die gesundheitlichen Verhältnisse. Bei der heutigen Ernährungsweise müßte mit der Volkskraft schonend umgegangen werden. Das Schneidergewerbe weise noch die längsten Arbeitszeiten auf.

Herr Schwarz erklärte namens der Arbeitgeber, daß sie den Forderungen der Arbeiter wohlwollend gegenüberständen und bereit seien, die Volkskraft zu erhalten. Erkannt seien sie aber, über die Höhe der Forderung, an deren Erfüllung nicht zu denken sei; das hätte, was sie bewilligen könnten, seien 75 Proz. Eine Erwiderung über die Lage des Gewerbes wolle er nicht geben, was er früher darüber gesagt habe, treffe heute in erhöhtem Maße zu. Die Hauptarbeit bestehe heute bei den meisten Firmen in Lieferungsarbeiten, Wenden und Rendern, wobei der Verdienst so gering sei, daß eine höhere Zulage nicht gewährt werden könne. Besonders ungünstig sei die Lage der Uniformschneiderei, die unter den kriegsmilitärischen Verfügungen und der Konkurrenz der Bekleidungsämter leide. Was die Konfektion betrafte, habe, könne für die Maßbrüche nicht in Frage kommen. Einmal habe die Konfektion heute keine Eigenproduktion, sondern käme nur als Lohnbetriebe für den Staat usw. in Frage und könne daher leicht bewilligen. Dann müßten die Arbeiter in der Konfektion die Maßzutaten selbst bezahlen, während sie diese in der Maßschneiderei geliefert erhielten. Eine gewisse Spannung in den Zulagen hätten schon immer bestanden und müsse bestehen bleiben. Ein Eingehen auf die Frage des Heimarbeiterszuschlages lehnte Herr Schwarz ab, da diese das Tarifgebiet verühere, die bis zum Abschluß des Reichstarifes zurückgestellt sei. Beim Stundenlohn wollten sie entgegenkommen, die Arbeitnehmer sollten nähere Vorschläge unterbreiten, wobei jedoch die Akkordhunderschneider ausschließen müßten. Auch bezüglich der Ar-

beitszeit wollten sie den Arbeitern entgegenkommen. Als Termin für das Inkrafttreten der neuen Abmachungen schlugen die Arbeitgeber den 1. Dezember vor.

An diese Ausführungen schloß sich eine längere Diskussion, an der sich die Vertreter der drei Gewerkschaften beteiligten. Alle brachten zum Ausdruck, daß sie das Angebot der Arbeitgeber enttäuscht habe und erwarteten von den Unparteiischen, daß sie den Forderungen der Arbeiter Nachsicht trügen. Zur Erhöhung der Stundenlöhne richen die Arbeitnehmervertreter, nachdem sie hierüber in einer Sonderberatung Stellung genommen hatten, folgende Forderung ein:

a) Schneider:

1. Erhöhung des Stundenlohnes um mindestens 15 Pfg. für Tagischneider, die im Zeitlohn beschäftigt sind;
2. für Akkordhunderschneider um mindestens 10 Pfg.;

b) Schneiderinnen:

10 Pfg. pro Stunde, soweit durch diese Erhöhung nicht ein Stundenlohn von 30 Pfg. erreicht wird, muß er auf diese Höhe aufgerechnet werden.

Zu diesen Vorschlägen erwiederte Herr Schwarz, daß er eine Differenzierung, die nach seiner Meinung notwendig sei, vermisse, aber die Arbeitgeber würden unter sich zu dieser Frage Stellung nehmen. Nach einer Sonderberatung gaben die Arbeitgeber die Erklärung ab, daß sie nicht in der Lage seien, Gegenanschläge zu machen. Die Frage des Stundenlohnes sei mit den anderen Fragen nicht zu trennen und sei mit diesen gemeinsam zu regeln. Daraufhin wurden die Verhandlungen auf Dienstag, vormittags 9½ Uhr, vertagt.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen unterbreitete Herr Gerichtsrat Sartorius den Parteien folgenden

Einigungsvorschlag:

„Die Unparteiischen empfehlen den Verbänden folgenden einstimmigen Vorschlag zur Annahme:

1. Unter Einrechnung der bisher gezahlten Feuerungszulagen wird eine Gesamtzulage von 90 Proz. in allen Orten zu den Tariflöhnen gewährt. Die neue Zulage erfolgt unter den gleichen Voraussetzungen wie die früheren. Sie wird ab Montag, den 18. November, bezahlt, und zwar in der Weise, daß mit diesem Zeitpunkt an den üblichen Lohnlagen die neuen Sätze verrechnet und ausbezahlt werden. Vor dem 18. November hat die Verrechnung der Löhne in der im Geschäft üblichen Weise zu erfolgen.

2. Die Arbeitszeit wird ab Montag, den 18. November, auf neun Stunden festgesetzt. (Wo kürzere Arbeitszeit besteht, bleibt sie wie bisher.)

3. Alle übrigen Forderungen werden abgelehnt.

Zu diesem Vorschlage nahmen die Parteien in gesonderten Beratungen Stellung. Die Arbeitnehmervertreter ließen nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erklären, daß sie einstimmig zu dem Ergebnis gekommen seien, daß der Vorschlag die Arbeiter nicht befriedigen könne. Besonders vermisse man in ihm die Aufbesserung der Stundenlöhne für die Zeitlohnarbeiter sowie den Ausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit.

Hierauf versuchten die Unparteiischen zwischen den Parteien einen Ausgleich herbeizuführen und legten das Ergebnis ihrer Bemühungen in folgendem Zusatz zu dem Einigungsvorschlag nieder.

Zusatz: Zeitlohnarbeiter (Tagischneider), die bisher nach tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden entlohnt wurden, erhalten für die infolge der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ausfallenden Stunden einen Ausgleich, und zwar 12½ Proz., wo die tägliche Arbeitszeit 10½ Stunden, 10 Proz., wo sie 10 Stunden und 5 Proz., wo sie 9½ Stunden betrug. Demgemäß werden die in Betracht kommenden tatsächlichen Stundenlöhne der eingangs genannten Zeitlohnarbeiter (Tagischneider) durch die beiderseitigen Ortsvertreter umgerechnet und in den Tarif eingetragen.

Um Meinungsverschiedenheiten über die Berechnungsart vorzubeugen, wurde vereinbart:

Die Auszahlung der Procente soll genau in derselben Weise erfolgen, wie sie im Frühjahr von den Unparteiischen erläutert worden ist; und zwar müßten die 90 Proz. ab 18. November gezahlt werden, gleichviel, wann das Stüd in Arbeit genommen wurde. Die Wochenschneider müßten bei der nunmehr 54stündigen Arbeitszeit denselben Lohn erhalten, wie bei der bisherigen 60stündigen Arbeitszeit. Differenzen, die eventuell bei der Aufrechnung der Procente entstehen können, sollen örtlich geregelt werden.

Damit fanden nach den üblichen Dankesworten an die Herren Unparteiischen und nachdem die Parteien erklärten, die getroffenen Vereinbarungen beiderseits den Mitgliedern zur Annahme zu empfehlen, die Verhandlungen ihr Ende.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Euer Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt. Der 47. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 24. November bis 30. November.

Der 48. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 1. Dezember bis 7. Dezember.

Der 49. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 8. Dezember bis 14. Dezember.

Der 50. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 15. Dezember bis 21. Dezember.

Bekanntmachung.

Um den vom Heeresdienst zurückkehrenden Mitgliedern, sowie jenen Mitgliedern, die während des Krieges infolge Nichtzahlung der Beiträge die Mitgliedschaft verloren haben, den Wiedereintritt in den Verband zu erleichtern, wird folgendes bestimmt:

A. bezügl. der Kriegsteilnehmer.

Die während des Krieges geleistete militärische Dienstzeit wird den vom Militär Entlassenen als Beitragszeit angerechnet, wenn sie sich:

1. innerhalb acht Wochen nach ihrer Entlassung unter Vorlage ihres Mitgliedsbuches oder ihrer Mitgliedskarte und ihres Militärpasses beim Verbands anmeldeamt und vor ihrer Einziehung nicht über acht Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand waren.

2. Diejenigen, welche länger als acht Wochen bei ihrer Einziehung zum Heeresdienst mit ihren Beiträgen im Rückstand waren, können ihre alten Rechte wieder erwerben und die Kriegsdienstzeit angerechnet bekommen, wenn sie den über acht Wochen hinausgehenden Beitragsrückstand nachzahlen;

3. die durch den Militärpaß nachgewiesene Kriegsdienstzeit ist in das Mitgliedsbuch an der Stelle einzutragen, wo die Beitragszahlung wieder beginnt. Hierzu ist einheitlich folgende Formel anzuwenden: „Inhaber dieses Mitgliedsbuches (dieser Mitgliedskarte) war vom . . . 19— bis zum . . . 19— zum Heeresdienst eingezogen. Ort und Datum. Stempel und Unterschrift. Die Beitragszahlung beginnt mit dem Tage der Wiederanmeldung.“

B. Bezügl. der übrigen Mitglieder.

Mitglieder, welche infolge Nichtzahlung der Beiträge während des Krieges aus dem Verband ausgeschieden sind, können unter Vorlage des Mitgliedsbuches ohne Aufnahmegebühr wieder in den Verband aufgenommen werden, wenn sie sich in einer den Verhältnissen entsprechenden Frist beim Verbands wieder anmelden. Die statutarisch vorgesehene Karenzzeit wird auf die Hälfte herabgesetzt, d. h. nach Leistung von 26 Beiträgen kann Reiseunterstützung und Krankengeld und nach Leistung von 52 Beiträgen Sterbegeld nach den niedersten Sätzen der entsprechenden Beitragsklassen gewährt werden. Die früher geleisteten Beiträge werden nach Leistung von 52 Beiträgen voll angerechnet. Auch in das Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte dieser Mitglieder ist an

der oben bereits bezeichneten Stelle folgender Vermerk zu machen: „Wiederangemeldet.“ Ort und Datum, Stempel und Unterschrift. Mit dem Tage der Wiederanmeldung hat die Beitragszahlung zu beginnen.

Bei Mitgliedern, die schon früher vom Heeresdienst entlassen wurden und ihre Anmeldung zum Verbands noch nicht vollzogen haben, sowie bei Mitgliedern, die während des Krieges einen anderen Beruf ergriffen haben und nun zu ihrem früheren Beruf zurückkehren, finden die vorstehenden begm. die statutarischen Bestimmungen Anwendung.

Der Zentralvorstand.
J. A. A. Schwarzmann.

Aus den Zahlstellen.

Köln. In einer Sitzung von Vertretern aller in Köln befindlichen Gruppen der Arbeitgeberverbände und den Innungen für das Schneidergewerbe wurde für den Uebergang vom Krieg zum Frieden folgendes vereinbart: Alle vor dem Kriege beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden grundsätzlich von den Arbeitgebern wieder eingestellt, wenn nicht durch außergewöhnliche Umstände die Einstellung unmöglich ist. Bei der Einstellung sollen die aus dem Felde zurückkehrenden den Vorrang vor anderweitig beschäftigt gewesenen Personen haben. Diejenigen, die infolge Arbeitsmangel entlassen werden, sollen für 14 Tage Lohn ausbezahlt erhalten mit der Maßgabe, daß diese Auszahlung der Löhne nicht mehrmals erfolgen darf. Zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit wurde eine aus Mitgliedern aller Vereinigungen des Schneidergewerbes bestehende Kommission gebildet. Diese Kommission wird im Verein mit der Stadtverwaltung ihre Aufgabe zu erledigen versuchen und auf eine gerechte Verteilung der Arbeiten an die einzelnen Betriebe hinarbeiten.

München. Uns geht die Nachricht zu, daß der Kollege Hans Eupper am 8. Oktober 1918 im Felde gefallen sei. Mit seinen Angehörigen trauern vor allem auch die Mitglieder der Zahlstelle München unseres Verbandes dem lieben Toten nach. Mit ihm verlieren wir einen der pflichttreuesten Mitarbeiter unserer Bewegung. Im Verein mit seiner Gattin, die ebenfalls unserem Verband angehörte und ihrem Mann vor zwei Jahren im Tode voranging, setzte Hans Eupper sein ganzes Können und Arbeiten für den Verband ein. Die letzten Jahre vor seinem Einrücken zum Militär war er Vorsitzender der Zahlstelle. Auf diesem Posten hat er, besonders auch während der ersten Kriegszeit, voll und ganz seinen Mann gestellt.

Eupper ist am 8. März 1880 zu Heilfingen in Württemberg geboren. Im Winter 1904 trat er dem freien Schneiderverband bei, aus dem er dann im März 1906 in Baden-Baden zu unserem Verband übertrat. Seitdem gehörte er mit seinem ganzen Sein und Denken unserer Bewegung an. Er zählte zu den Besten der Unserigen. Die Zahlstelle München, sowie alle, die ihm im Leben näher standen, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



Am 8. Oktober 1918 starb auf dem Schlachtfeld den
Heldentod für Heimat und Vaterland der Kollege

Hans Eupper

Mitglied der Zahlstelle München
und mehrjähriger Vorsitzender derselben.

Ehre seinem Andenken!

Bisher wurden uns durch den Krieg 164 treue
Verbandsmitglieder entrissen.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag: J. Schwarzmann, Köln;
für den Inseratenteil: O. Kleine, Berlin SW. 47, Rüdernstr. 67;
Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei.